

**Zeitschrift:** Schweizer Soldat + MFD : unabhängige Monatszeitschrift für Armee und Kader mit MFD-Zeitung

**Herausgeber:** Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat

**Band:** 66 (1991)

**Heft:** 9

  

**Artikel:** Dienen, nicht verdienen : ein Plädoyer für die Miliz

**Autor:** Heller, Daniel

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-714959>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 29.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Dienen, nicht verdienen – ein Plädoyer für die Miliz

Von Hauptmann Daniel Heller, Erlinsbach

**Das Milizsystem lähme den Bund, sei ineffizient und teuer, führe zu amateurhaften statt professionellen Leistungen und fördere die Verfilzung zwischen Wirtschaft, Politik und Militär. So oder ähnlich tönt heute die Kritik an unserem über Jahrhunderte gewachsenen Milizsystem, das in all seinen militärischen, wirtschaftlichen und politischen Ausprägungen in Frage gestellt und zur Abschaffung empfohlen wird. Eine Berufsarmee komme billiger, ein Berufsparlament sei effizienter und Manager, die daneben nichts anderes machen, seien erfolgreicher. Der Gedanke scheint in der Tat einleuchtend, nur stellt sich die Frage: Ist die Aufgabe des Milizsystems wirklich das, was unser Land gegenwärtig braucht?**

## Die Ursprünge und Ausprägungen des Milizsystems

Die Schweiz ist tatsächlich wie kaum ein anderes Land dem Milizsystem in den drei Bereichen Politik, Militär und Wirtschaft verhaftet. Direkte Demokratie und Milizarmee haben einen unmittelbaren Zusammenhang und leiten sich aus dem altgermanischen Prinzip *«wer ehrbar ist, ist wehrbar»* ab: nur der Wehrhafte hatte Anspruch auf politisches Stimmrecht. Schon Rousseau strich klar den Zusammenhang zwischen Milizarmee und freiheitlich-souveräner Staatsordnung heraus, indem er sagte: *«Tout citoyen doit être soldat par devoir, nul ne doit l'être par métier. Tel fut le système militaire des Romains; tel est aujourd'hui celui des Suisses; tel doit être celui de tout Etat libre...»*. Das Milizsystem durchdringt in der Schweiz alle drei Staatsebenen: Bund, Kantone und Gemeinden. Eidgenössische und kantonale Parlamente, allgemeine Wehr- und Zivilschutzpflicht, Feuerwehrgeschichte, Gemeindeverwaltung, Richtfunktionen und anderes mehr sind seine Ausprägungen.

## Milizsystem und Politik

In erster Linie haben unsere Parlamente in Bund und Kantonen eine starke Milizausprägung. Wenn auch National- und Ständerat heute eher als Halbberufsparlamente bezeichnet werden müssen, so haben beide wesentlichen Vorteile des Milizparlaments beibehalten. So die Verwurzelung des Parlamentarismus in einem beruflichen Umfeld und ein gewisses Ethos. Der Schweizer Parlamentarier lebt in der Regel weder für die Politik noch von der Politik. Die gegenwärtige Parlamentsreform durchbricht dieses Ethos, zumindest was die allzu grossen Entschädigungen anbelangt, in gefährlicher Art und Weise. Und wenn heute die Milizparlamente in Frage gestellt werden wegen angeblicher Überlastung, so wäre zumindest der Frage der Herkunft dieser Überlastung ehrlich und objektiv auf den Grund zu gehen. Die hektische Betriebsamkeit des Einzelparlamentarismus mit persönlichen Vorstössen (innert Jahresfrist wurden im Aargauer Grossen Rat fast viermal so viel persönliche Vorstösse eingereicht, wie in der gleichen Periode behandelt werden konnten), querulatorische Uneinsichtigkeit

(im gleichen Parlament blockierte die SP-Fraktion die Behandlung eines Dekretes während mehr als einer Stunde durch sich immer wiederholende Anträge zu geschlechtsneutralen Formulierungen, die alle im Verhältnis 3:1 durchfielen) und nur am Rande tatsächlich wachsende Aufgaben sind der Grund für diese Entwicklung.

Noch relativ unbestritten ist das Milizsystem im Bereiche der Verwaltung, wo zahlreiche ausserparlamentarische Expertenkommissionen, die teilweise oder vollständig aus Milizern zusammengesetzt sind, Verwaltung und Parlament ergänzen und beraten.

## Milizsystem und Militär

Auch im alten Rom begann der Niedergang mit der Abschaffung des Militärdienstes als Pflicht aller Bürger. Das hat schon Montesquieu festgestellt. Die Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht in der späten Republik ebnete den Weg zum Übergang von der Republik zum autoritären Staat der Diktatur und schliesslich zum Kaisertum. Damit war das Staatswesen von der Angelegenheit aller Bürger (res publica) zum Staat der Macht- und Gewinnmaximierung einiger weniger gekommen. Das Ganze endete schliesslich in der Dekadenz und im Untergang. Die Abschaffung der Bürgerpflicht zum Wehrdienst und der Ersatz der römischen Bürger- und Bauernarmee durch bezahlte Söldnerheere liess das Militär zum politischen Instrument degenerieren und zerstörte einen wesentlichen Teil der positiven Bindung des Bürgers an den Staat.

Nun ist allerdings infolge der jüngsten Wandlungen in Gesellschaft, Staat und Staatengemeinschaft denkbar geworden, dass die Wehrhaftigkeit auch mit einem kleineren persönlichen Aufwand aufrecht erhalten werden kann. Ein Durchbrechen der allgemeinen Wehrpflicht ist allerdings nur akzeptabel, wenn statt der Wehrpflicht für Männer eine allgemeine Dienstpflicht für alle, Frau und Mann, in der Bundesverfassung verankert wird. Die Erfüllung der Dienstpflicht ausserhalb der Armee muss an die einzelnen Bürgerinnen und Bürger vergleichbare Anforderungen stellen wie der Dienst in der Armee. Die Frau muss entsprechend ihrer Stellung in Gesellschaft und Familie reduzierte Dienstleistungen erbringen. Erziehende Mütter wären von ihr zu befreien. Einsatzmöglichkeiten wären im sozialen Bereich, im Gesundheitswesen oder bei zivilen Wehr- und Schutzdiensten (Katastrophenhilfe) anzusiedeln.

## Milizsystem und Wirtschaft

In der Domäne der Wirtschaft sind ehren- und nebenamtliche, eben milizmässige Funktionen am schwächsten institutionalisiert. Am prominentesten ausgeprägt findet sich das Milizsystem wohl in der Funktion der Verwaltungsräte. Die Wirtschaft hingegen hat am ehesten unter dem Milizsystem zu leiden. Sie muss Personal bezahlen und freistellen für wirtschaftsfremde Tätigkeiten. Es verwundert einen daher nicht, dass das Milizsystem häufig von Seiten der Wirtschaft kritisiert wird. Im

gleichen Atemzug aber macht die Herkunft der Kritik auch stutzig: Sie stammt nämlich meist von Wirtschaftstheoretikern, das heisst von Hochschulprofessoren, die weder über praktische Wirtschaftserfahrungen noch über grosse Erfahrung als politische Mandatsträger verfügen.

Viel wichtiger aber scheint mir, dass die Wirtschaft offensichtlich mit diesem System bisher nicht schlecht gefahren ist. Sonst hätte sie jedenfalls kaum Hand zur Freistellung von Kadern für militärische und politische Aufgaben geboten. Auch im internationalen Vergleich mit Ländern ohne Milizsystem schneidet unsere Wirtschaft, was Leistungsfähigkeit und erreichten Standard anbelangt, sicher nicht schlecht ab.

## Zur Verträglichkeit verschiedener Karrieren

Es wird schliesslich die eher praktisch ausgerichtete Frage gestellt, ob denn heute Karrieren in Wirtschaft, Politik und Militär gleichzeitig überhaupt noch verträglich seien. Die Frage ist nebensächlich und in dieser Form falsch gestellt. Sie stellt sich nicht nach der Verträglichkeit, sondern nach der Notwendigkeit und Wünschbarkeit solcher gleichzeitiger Karrieren. Mithin wiederum nach der Existenz des Milizsystems. Divisionär Hans Bachofner, ehemaliger Kommandant der Generalstabskurse, hat dazu jüngst gesagt: Es gäbe drei Gruppen von Führungskräften: die Miesmacher, die Mitmacher und – als kleinste Gruppe – die Macher. Lediglich die Macher seien in der Lage, zwei oder drei Karrieren gleichzeitig erfolgreich zu bewältigen. Das ist bei der Kleinheit unserer Verhältnisse und Ressourcen eindeutig zu bezweifeln.

Wenn man von einer gewissen momentanen Orientierungslosigkeit und Tendenz zur Selbstkritik absieht und objektiv die Leistungen unseres politischen Systems mit anderen, umliegenden oder weiter entfernten staatlichen Modellen vergleicht, so vermag man in keinem Bereich ein Versagen feststellen, im Gegenteil. Weder im sozialen, erzieherischen oder militärischen Bereich, im Gesundheitswesen, in der Altersvorsorge, noch beim wirtschaftlichen Wohlstand oder im Umweltschutz haben wir den Vergleich mit anderen Ländern zu scheuen. Das heisst nicht, dass bei uns alles in Ordnung wäre – beileibe nicht! Aber von einem *«gelähmten»* oder einem *«Versagen»* unseres Milizsystems zu sprechen, ist masslos übertrieben. Das Milizsystem ist noch lange nicht am Ende und die direkte Demokratie, auch wenn sie sich im Moment nicht allzugrosser Beteiligung erfreut, den Herausforderungen der Zukunft wohl immer noch besser gewachsen als alle anderen Modelle. Zudem ist das Milizsystem, und das ist das Entscheidende, in Verbindung mit der direkten Demokratie die bürgernäheste und menschenfreundlichste Staatsform. ■